



Medienkonferenz zum Schlussbericht Legislaturrichtlinien 2017-2020 vom Mittwoch, 1. Juli 2020

REFERAT VON GEMEINDERAT MICHAEL AEBERSOLD, DIREKTOR FÜR FINANZEN,
PERSONAL UND INFORMATIK

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich freue mich, Ihnen die Bilanz zu den Legislaturzielen 4 und 9 zu präsentieren.

Legislaturziel 4: Die Stadt Bern ermöglicht vielfältiges Wohnen für alle

Das Legislaturziel 4 – die Stadt Bern ermöglicht vielfältiges Wohnen für alle – ist nicht neu. Im Gegenteil. Die Forderung gehört seit langer Zeit zum Kerninventar der Berner Stadtregierung. Neu ist aber die grosse Aktivität in diesem Bereich. 2018 hat der Gemeinderat die Wohnstrategie verabschiedet. Das Ziel ist klar: Es soll mehr städtischer, preisgünstiger und gemeinnütziger Wohnraum entstehen für Familien, Paare, Singles und Wohngemeinschaften, für Studenten und Seniorinnen, für Menschen, gleich welcher Herkunft und welcher Einkommensschicht. Kurzum: Für alle, die in der Stadt Bern leben wollen.

Entlang den Stichworten städtisch, preisgünstig und gemeinnützig haben wir in der letzten Legislatur eine neue Ära eingeläutet und damit auch Antwort auf eines der drängendsten Probleme der Berner Bevölkerung gegeben. Seit Jahren, ja Jahrzehnten steigen die Mietzinse und fehlender günstiger Wohnraum rangieren ganz oben im Stadtberner Sorgenbarometer. Unsere wichtigsten Antworten darauf heissen:

- Viererfeld/Mittelfeld: Eines unserer grössten und ehrgeizigsten Projekte. Hier soll in Zukunft urbaner Wohnraum für über 3000 Menschen entstehen. Den Masterplan haben wir letzte Woche vorgestellt. Mindestens 50 % der Wohnungen sollen von gemeinnützigen Trägerschaften gebaut werden. Ob die Stadt selber baut, muss noch entschieden werden.

- Gaswerkareal: Ohne Zweifel ein zweites, hochspannendes Entwicklungsgebiet der Stadt Bern. Ein wichtiger Entscheid war, den Gaskessel am heutigen Standort zu belassen. Mit dem klaren Ja der Stimmberechtigten im Februar 2020, das Gaswerkareal zu kaufen, ist das Projekt definitiv lanciert. 50 % der Fläche sollen durch gemeinnützige Bauträgerschaften realisiert werden, 25 % will die Stadt selber überbauen.
- Siedlung Holliger/Warmbächliareal: Auf dem Areal der ehemaligen Kehrrechtverbrennungsanlage werden sechs Baufelder von gemeinnützigen Bauträgerschaften entwickelt und ab 2021 bis 2024 etappiert bezogen. Insgesamt sind rund 300 Wohnungen für 700-800 Personen geplant.
- Reichenbachstrasse 118: Auf dem Areal der ehemaligen Krankenpflegeschule Engeried soll eine städtische Wohnüberbauung mit 104 preisgünstigen Mietwohnungen entstehen, ein Teil davon im Segment „Günstiger Wohnraum mit Vermietungskriterien (GüWR)“. Die Abstimmung zum Baukredit war im Mai 2020 vorgesehen, musste aber aufgrund der Coronakrise in den Herbst verschoben werden.
- Und schliesslich die Mutachstrasse, wo 2021 100 preisgünstige Mietwohnungen bezogen werden können.

Aktuell befinden sich viele Projekte in Vorbereitung. Bis alle Wohnungen bezogen sind, braucht es noch viele Entscheide, Volksabstimmungen und vor allem intensive Arbeit. Das übergeordnete Ziel – dass sich Ende 2020 500 gemeinnützige Wohnungen im Bau befinden – werden wir leider nicht ganz erreichen. Immerhin sind bereits über 400 Wohnungen am Entstehen. Und mit den Überbauungen Warmbächli und Mutachstrasse sind wir auf Kurs, die 500er-Grenze zu überschreiten.

Unter dem Stichwort «Wohnen» will ich auch die enge und erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Wohnbau-Genossenschaften explizit erwähnen. Ich bin überzeugt, dass sich diese Kooperation weiterhin positiv auf den Wohnungsmarkt auswirken wird. Zusammen mit den Genossenschaften entsteht mehr günstiger Wohnraum und gleichzeitig sind sie Profis, wenn es um die Partizipation der Mieterinnen und Mieter geht.

Es sind aber nicht nur die grossen Überbauungen, die neuen Wohnraum ermöglichen. Genauso wichtig sind Verdichtungen am Bestand und gezielte Umnutzungen. In der letzten Legislaturperiode sind so 230 Wohnungen neu geschaffen worden. Unter anderem in der Überbauung Stöckacker Süd, an der Bahnstrasse 89 und 96, an der Zwyszig- und Morgenstrasse.

Bei all diesen Erfolgen dürfen wir eines nicht vergessen: Der Grossteil des Wohnraums in der Stadt Bern gehört Privaten und auch die meisten neuen Wohnungen werden von privaten Investorinnen und Investoren realisiert und vermietet. Privaten gehören mehr als drei Viertel aller Liegenschaften. Auf diese Liegenschaften ist der Einfluss der Stadt limitiert. Wichtig ist deshalb, dass die Stadt ihr Gebäude-Portfolio vergrössert und gezielt marktergänzende Angebote schafft. Der klare Volksentscheid, für den Kauf von Liegenschaften einen Rahmenkredit von 60 Mio. Franken zu genehmigen, war für mich persönlich ein Highlight. Der Handlungsspielraum der Stadt Bern hat sich damit wesentlich verbessert: Sie kann heute auf dem Markt viel rascher Liegenschaften erwerben. Seit der Abstimmung im Mai 2019 erwarb der Fonds Liegenschaften im Betrag von über 45 Mio. Franken. Der Wohnungsbestand konnte mit den Zukäufen an der Looslistrasse 31 und 37, an der Güterstrasse 12 und 16 sowie an der Kelten- und Hallerstrasse um 86 Wohnungen erhöht werden.

Zu diesem Legislaturziel können wir eine sehr positive Bilanz ziehen.

Legislaturziel 9: Die Stadt Bern stellt der Bevölkerung eine bedürfnisgerechte und gut unterhaltene Infrastruktur zur Verfügung

Eng verknüpft mit dem Legislaturziel 4 ist das Legislaturziel 9: Die Stadt Bern stellt der Bevölkerung eine bedürfnisgerechte und gut unterhaltene Infrastruktur zur Verfügung. In die Planung und Umsetzung dieses Legislaturziels – ein klassisches Querschnittsthema – sind alle Direktionen involviert: Es geht um die städtischen Grünräume und Spielplätze, um die Schulhäuser und Verwaltungsgebäude, um die Eis- und Wasseranlagen. Vor allem in Bezug auf die Infrastrukturen der Schulen sowie der Eis- und Wasseranlagen ist die Stadt immer noch daran, den Sanierungsrückstand aus den Nullerjahren aufzuholen. Allein im letzten Jahr wurden über 80 Mio. Franken für den Werterhalt investiert.

Neben den grossen Projekten gilt auch bei der Infrastruktur «c'est le ton qui fait la musique». Meist unbemerkt von der Öffentlichkeit und den Medien werden Pinselsanierungen, bspw. im Marzili, vorgenommen, bei den Schulhäusern neue, getrennte Abfalleimer aufgestellt oder Möglichkeiten für «urban gardening» geschaffen.

Stadtfinanzen

Als Finanzdirektor will ich mich abschliessend auch noch zu den Stadtfinanzen äussern. Seit 2012 hat die Stadt während sechs Jahren (2013 bis 2018) immer mit zweistelligen Rechnungsüberschüssen abgeschlossen. 2017 betrug dieser rekordhohe 67,3 Mio.

Franken. Der Stadt ist es in den letzten Jahren gelungen, Schulden abzubauen, Spezialfinanzierungen für Schulbauten sowie Eis- und Wasseranlagen zu öffnen und gleichzeitig Leistungen auszubauen. 2019 wurde diese erfreuliche Entwicklung leider gestoppt, weil die Steuererträge juristischer Personen rund 35 Mio. Franken unter den Erwartungen lagen. Tiefere Steuererträge, nötige anstehende Investitionen in Rekordhöhe und zuletzt die Corona-Krise machen Haushaltskorrekturen unumgänglich. Die laufende Rechnung 2020 hat der Gemeinderat um 15,5 Mio. Franken entlastet, im Budget 2021 beträgt die Entlastung 23,5 Mio. Franken. In diesen Zusammenhang fällt der Entscheid des Gemeinderats, ab 2021 die drei zusätzlichen Ferientage für die Mitarbeitenden für drei Jahre zu sistieren. Die Ferientage des städtischen Personals waren per 2020 erhöht worden. Dieser Entscheid ist uns sehr schwer gefallen.

Für die Jahre ab 2022 hat der Gemeinderat eine strategische Haushaltsüberprüfung beschlossen, mit welcher wiederkehrende Einsparungen von 35 Mio. Franken ab 2022 und 45 Mio. Franken ab 2023 erzielt werden sollen. Wir werden sämtliche Ausgaben und die grösseren Investitionen überprüfen und geltende Standards hinterfragen. Nur wenn die Finanzen im Lot bleiben, hat die Stadt Spielräume für die weitere Entwicklung. Trotz Entlastungsmassnahmen verfolgt der Gemeinderat weiterhin eine soziale und ökologische Politik, damit Bern behält, was die Bewohnerinnen und Bewohner so schätzen: Die hohe Lebensqualität.